Kurzprotokoll

Landkreis Esslingen

Mitglieder des Kreistags
des Landkreises Esslingen

26. März 2025

Kurzprotokoll über die gemeinsame Sitzung des Jugenhilfeausschusses und des Sozialausschusses vom 20.03.2025

Anlagen 3

- Öffentlich -

1. Arbeitskreisleben Kirchheim-Nürtingen e. V.
- Bericht der Geschäftsführung

Die Ausschüsse nehmen den Bericht des Arbeitskreisleben Kirchheim-Nürtingen e.V. zur Kenntnis. Eine entsprechende Präsentation ist dem Kurzprotokoll beigefügt.

2. Sachstand zur Umsetzung der SGB VIII-Reform

Die Ausschüsse nehmen den Sachstandsbericht zur Umsetzung der SGB VIII-Reform zur Kenntnis. Eine entsprechende Präsentation ist dem Kurzprotokoll beigefügt.

3. Förderungen MIMAMO plus und Fachberatung inklusive Ferienangebote

Der Sozialausschuss fasst einstimmig folgende Beschlüsse:

3.1 Zur Überbrückung der zum 31. März 2025 auslaufenden Projektfinanzierung von MIT-MACH-Momente (MIMAMO) plus werden einmalig 10.400 Euro aus einem zweckgebundenen Nachlass entnommen.

3.2 Die Verwaltung wird ermächtigt jährlich eine Spitzabrechnung zur Finanzierung der Fachberatung inklusive Ferienangebote vorzunehmen.

4. Kreisjugendring Esslingen e. V.
- Pädagogischer Bericht der Geschäftsführung

Die Ausschüsse nehmen den pädagogischen Bericht zur Kenntnis. Eine entsprechende Präsentation ist dem Kurzprotokoll beigefügt.

5. Verschiedenes

5.1 Neue Festsetzung der Angemessenheitsgrenzen der Kosten der Unterkunft für Leistungsbeziehende aus SBG II/SGB XII - Mietobergrenzen

Der Vorsitzende informiert, dass der Landkreis als kommunaler Träger für die Gewährung von Leistungen für die Kosten der Unterkunft zuständig sei. Die Kosten werden in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen übernommen, soweit diese angemessen seien. Die Feststellung der Angemessenheit habe auf der Grundlage eines „schlüssigen Konzepts“ zu erfolgen, das gesetzlich vorgeschrieben sei und als Geschäft der laufenden Verwaltung regelmäßig fortgeschrieben werde. Die nächste Fortschreibung sei zum 1. August 2025 vorgesehen.

Im Landkreis Esslingen sei seit dem 1. Dezember 2024 ein nahezu flächendeckender Mietspiegel vorhanden. Die neue Markterkundung könne daher auf einer sehr soliden Grundlage durchgeführt werden. Mit der Fortschreibung des „schlüssigen Konzepts“ habe man im März 2025 begonnen. Die Beteiligung der Kommunen und der Träger der freien Wohlfahrtspflege sei vorgesehen. Als externen Dienstleister habe man das EMA-Institut für empirische Marktanalysen ausgewählt.

Die Ausschüsse nehmen dies zur Kenntnis.

5.2 Ehrenamtskarte

Der Vorsitzende informiert, dass im Rahmen der letzten Haushaltsberatungen für das Jahr 2025 die Fraktion der Grünen einen Berichtsantrag mit dem Titel „Ehrenamt stärken – wie fördert der Landkreis ehrenamtliches Engagement“ gestellt habe. Die Verwaltung habe zugesagt, dass man sich mit dieser Thematik beschäftige und weitere Planungsschritte für ein Rahmenkonzept zur Einführung der Ehrenamtskarte abstimme. Es stehen Finanzmittel des Landes in den Jahren 2025 und 2026 unter anderem für einen Personalkostenzuschuss in Höhe von jährlich bis zu 45.600 Euro für die Landkreise zur Verfügung. Zusätzlich könne bis zu 45.100 Euro für einen Personalkostenzuschuss für die Einführungsphase in den ersten sechs Monaten einmalig von den Landkreisen abgerufen werden. Was nach dem Jahr 2027 sein werde, wisse man aktuell noch nicht.

Man begrüße die Einführung einer Ehrenamtskarte im Landkreis als Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements. Mit der Einführung sende man ein deutliches Signal der Anerkennung und Wertschätzung. Zwischenzeitlich haben für die Landkreise zwei Informationsveranstaltungen des Landes zur Ehrenamtskarte stattgefunden. Die Verträge schließe das Land nur mit Landkreisen, nicht mit landkreisangehörigen Städten und Gemeinden.

Man werde sich in einem ersten Schritt am Interessenbekundungsverfahren zur Einführung der landesweiten Ehrenamtskarte bis zum 2. Mai 2025 beteiligen. In einem zweiten Schritt werde man einen Vorschlag zur nachhaltigen Umsetzung

einer Ehrenamtsstrategie einschließlich Ehrenamtskarte vorlegen. Für eine gelingende Umsetzung seien die Städte und Gemeinden wichtig.

Die Ausschüsse nehmen dies zur Kenntnis.

gez.
Marcel Musolf
Landrat